



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Inge Aures, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Stefan Schuster, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Brexit-Strategie des Freistaates Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zu den Auswirkungen des Brexit für den Freistaat Bayern zu berichten.

Dabei geht es im Wesentlichen darum, die vom Brexit betroffenen Bereiche im Freistaat Bayern zu identifizieren, die Folgen zu antizipieren und Strategien zu entwickeln, wie die Beziehungen Bayerns zum Vereinigten Königreich fortgeführt, die negativen Konsequenzen des Brexit für Bayern abgemildert und neue Chancen für eine gute Partnerschaft erarbeitet werden können.

Über die Ergebnisse ist bis Ende des 1. Quartals 2019 unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Brexit-Optionen Bericht zu erstatten und dabei die Brexit-Strategie der Staatsregierung im Besonderen für die folgenden Bereiche darzustellen:

- Folgen für die Reisefreiheit und den freien Personenverkehr,
- Folgen für die in Bayern lebenden britischen Bürgerinnen und Bürger,
- Folgen für die im Vereinigten Königreich lebenden bayerischen Bürgerinnen und Bürger,
- Folgen für die bayerisch-britischen Handelsbeziehungen und bayerischen Unternehmen,
- Folgen für die bayerische Agrarwirtschaft,
- Folgen für die öffentliche Sicherheit,
- Folgen im Bereich Umwelt, Klima, Energie und Verbraucherschutz,
- Folgen für die bayerischen Kommunen,
- Folgen für die bayerisch-britischen Städte-, Schul- und Hochschulpartnerschaften,
- Folgen für den bayerisch-britischen Kulturaustausch.

Begründung:

Am 19.06.2017 haben die Gespräche zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU begonnen. Das offizielle Austrittsdatum ist der 29.03.2019.

Bayern und Großbritannien verbindet eine lange, historische Beziehung und enge, freundschaftliche Partnerschaft in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen.

Der Brexit wird das bayerisch-britische Verhältnis auf institutioneller Ebene neu justieren – eine historische Zäsur, für die es keine Präzedenzfälle gibt. Bayern muss auf alle Szenarien eines Brexit vorbereitet sein. Für die zukünftigen bayerisch-britischen Beziehungen ist eine tiefe und umfassende Partnerschaft anzustreben.